
Gerichtsstandorte

Märkische Allgemeine 19.03.2011

STREIT: Woidke kontra Schöneburg

Justizminister der Linken zieht bei Polizeireform nicht richtig mit und bringt die SPD gegen sich auf

POTSDAM - Vor ein paar Wochen saßen die Spitzen des Innen- und Justizministeriums zum vorerst letzten Mal zusammen. Seit dem herrscht Funkstille. Die Ankündigung von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke), die bereits für Ende 2010 versprochene Anpassung der Landgerichtsbezirke an die vier neuen Regionaldirektionen der Polizei erst zum 1. Januar 2014 vorzunehmen, hat bei der SPD massive Verstimmung ausgelöst. „Das ist viel zu spät“, sagte Innenminister Dietmar Woidke (SPD) gestern der MAZ. Mit der Konzipierung eines neuen Wachenmodells setzt er gegenwärtig den Schlusspunkt unter die Reform der Polizei. Ab 1. Januar 2012 soll in der neuen Struktur gearbeitet werden.

„Es war abgesprochen, dass parallel dazu die Bezirke der Landgerichte und Staatsanwaltschaften synchronisiert werden“, so Woidke. Argumente der Justiz, die etwa Personalumsetzungen oder diverse bauliche Veränderungen betreffen, seien nicht schlüssig. „Solche Probleme haben wir bei der Polizei auch und müssen die Reform trotzdem durchsetzen, um das Land angesichts knapper Finanzen zukunftsfest zu machen.“ Woidke hofft auf ein Einlenken Schöneburgs. Dieser will nicht generell ausschließen, dass die Anpassung der Gerichtsbezirke noch vor 2014 in Kraft tritt. Sein Sprecher Frank Schauka sagte, das müsse aber noch eingehend geprüft werden.

Die Widerstände in der Justiz belasten zunehmend das Verhältnis der Koalitionspartner zueinander. In der SPD hält man den Linken vor, sich bei unangenehmen Operationen in die Büsche zu schlagen. „Wir handeln uns mit der Polizeireform massenhaft Ärger ein, und der Justizminister lässt sich feiern, weil er verkündet, dass alles bleibt, wie es ist“, grollte ein SPD-Landtagsabgeordneter. Ihn und andere bringt auf die Palme, dass Schöneburg Lösungen immer wieder mit Ausweichmanövern unterlaufe anstatt selbst mal den Reformminister zu geben und Veränderungen durchzuboxen. So hatte er sich auf dem Landesparteitag der Linken Anfang März absegnen lassen, dass alle 25 märkischen Amtsgerichte „ihre Berechtigung haben“.

Beim Präsidenten des Oberlandesgerichts (OLG), Wolf Kahl, löste diese Einschätzung freilich viel Zustimmung aus, bei der SPD hingegen deutliches Unverständnis. Man war davon ausgegangen, dass Schöneburg im Zuge der Anpassung der Landgerichtsbezirke auch die Zahl und Struktur der märkischen Amtsgerichte überdenkt. Einen entsprechenden Arbeitsauftrag beinhaltet auch der Koalitionsvertrag. Justizsprecher Schauka verweist darauf, dass 25 Amtsgerichte bei der Größe des Landes durchaus keine üppige Zahl seien. Das Land Niedersachsen habe 80 Gerichte, gemessen an dessen Größe käme die Mark auf 40. Durch eine Reduzierung der Gerichte seien auch kaum Einsparungen zu erzielen. Man könne Richter nicht entlassen und die Gebäude seien im Landesbesitz.

Rückendeckung erhält Justizminister Schöneburg von OLG-Präsident Kahl. Brandenburg habe kaum noch richtig kleine Gerichtsstandorte mit ein oder zwei Richtern wie etwa Baden-Württemberg. Zudem bedeute das Amtsgericht in der Nähe für den Bürger „den Rechtsstaat vor Ort“.

Wie Innenminister Woidke, der gleichzeitig Vizelandes-chef der SPD ist, sagte, wolle er seinem Kollegen Schöneburg keinesfalls in Zuständigkeiten hineinreden. Aber über eine Straffung von Strukturen nachzudenken, müsse möglich sein. Die letzte brandenburgische Justizreform liege bereits 18 Jahre zurück.

In der vorigen Wahlperiode hatte sich die damalige CDU-Justizministerin Beate Blechinger an einer Gerichtsreform versucht. Sie scheiterte auch am Widerstand der Lobby-Verbände in der Justiz.

Nach Angaben von Woidke hat das Land ab 2012 rund 65 Millionen Euro für Investitionen und Erweiterungsbauten an Justizstandorten eingeplant. Dieses Geld müsse „demografiefest“ angelegt werden. Es wäre fatal, wenn Gerichte ausgebaut würden und danach wegen sinkender Fallzahlen geschlossen werden müssten. Vor diesem Hintergrund fordert auch der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagfraktion, Danny Eichelbaum, von Rot-Rot ein abgestimmtes Konzept für eine Gerichtsneugliederung. (Von Volkmar Krause)

Anpassung der Gerichtsbezirke

- *Die Polizeireform sieht vor, dass das Land territorial vier Regionaldirektionen der Polizei zugeordnet wird (Neuruppin, Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder und Cottbus).*
- *SPD und Linke hatten sich darauf geeinigt, die vier Landgerichtsbezirke und Staatsanwaltschaften dem anzupassen.*
- *Der Justizminister muss dafür in zwei der vier Gebiete Veränderungen vornehmen. Die Uckermark – bislang zu Frankfurt (Oder) gehörend – käme zum Landgericht und zur Staatsanwaltschaft Neuruppin. Dahme-Spreewald mit Königs Wusterhausen – bislang Teil des Potsdamer Gerichtsbezirks – würde an Cottbus gehen.*
- *Das Land wird neben den vier Polizeidirektionen über 16 Inspektionen und eine noch nicht bekannte Zahl und Struktur von Wachen verfügen. MAZ*

Kommentar

Volkmar Krause über einen Streit zweier rot-roter Minister und die Harmonie in der Regierung

Scharfe Töne

Um die Harmonie, die die rot-rote Regierungskoalition in Potsdam meist demonstrativ zur Schau stellt, ist es manchmal gar nicht so gut bestellt. So streiten SPD-Innenminister Dietmar Woidke und sein Kollege von den Linken, Justizminister Volkmar Schöneburg, seit geraumer Zeit über die Umsetzung der Polizeireform. Der Ton ist jetzt schärfer geworden, weil Schöneburg den Termin für die Anpassung der Gerichtsbezirke an die vier neuen Polizeidirektionen erneut nach hinten verschoben hat. Er will das Gesetz erst zum 1. Januar 2014 in Kraft setzen. Woidke zürnt, weil er das Direktionsmodell bereits zum 1. Januar nächsten Jahres arbeitsbereit haben will. Freilich wird kein Verbrecher ungeschoren davonkommen, weil die Zuständigkeiten für eine Übergangszeit noch nicht abgestimmt sind. Das passiert ja jetzt auch nicht. Dennoch sorgt Schöneburg für Irritationen. Er muss sich den Vorwurf gefallen lassen, wenig durchsetzungsstark zu sein und vor den Lobby-Verbänden der Justiz einzuknicken. Die halten wenig von der strukturellen Neuordnung, zumal sie mit persönlichen Veränderungen bei einigen Richtern und Staatsanwälten verbunden sein dürfte.

Potsdamer Neueste Nachrichten – 21.03.2011

Rot-Rot blockiert sich bei Gerichtsstruktur selbst

Kompromissgespräch zwischen Linke-Justizminister Schöneburg und SPD-Innenminister Woidke nach Wochen ohne Folgen

Von Alexander Fröhlich

Potsdam - Der rot-rote Regierungsstreit um die Zukunft der 25 Amtsgerichte und den Umbau der Landgerichtsbezirke in Brandenburg eskaliert, die Koalition steht vor einer neuen Belastungsprobe. Bisherige Versuche, den internen Konflikt zwischen Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) und Innenminister Dietmar Woidke (SPD) zu begrenzen, schlugen fehl. Nun zwingt Woidke seinen Kabinettskollegen mit scharfer Kritik zu klaren Aussagen. Die in der Koalition mit Spannung erwartete Rede Schöneburgs vor dem Bund Brandenburgischer Staatsanwälte heute Abend im Landesverfassungsgericht gewinnt dadurch zusätzliche Brisanz. Neben dem anhaltenden Streit um Sparbemühungen bei den Landeskosten für die Beseitigung von Kadavern von Agrarbetrieben, bei dem die Linke mit ihren Rotstift-Plänen auf Widerstand in der SPD stößt, ist es in der von SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck geführten Landesregierung der zweite schwere Konflikt. Allerdings drängt beim Gerichtsstreit diesmal die SPD auf weitreichende Sparanstrengungen.

Trotz eines vor mehreren Wochen abgehaltenen Krisengesprächs beider Minister liegt das Gesetz zur Gerichtsstruktur weiter auf Eis, es sollte bereits zu Jahresbeginn ins Kabinett gehen. Vorrangig sollen damit die vier Landgerichtsbezirke an den im Zuge der Polizeireform vorgesehenen Zuschnitt der neuen Regionaldirektionen angepasst werden. Die beiden Ministerien, aber auch die Koalitionsfraktionen SPD und Linke sind sich uneins, wie weit das Gesetz greifen soll. Die SPD-Fraktion will die von Platzeck angeschobene Debatte um demografiefeste Landesstrukturen für einen Abbau bei den Amtsgerichten nutzen, was in der Koalition mit der CDU 2009 an internen Widerständen gescheitert war. Auch die Linke sperrt sich und bekräftigte auf ihrem Landesparteitag Anfang März per Beschluss ihre Position, dass alle 25 Amtsgerichte „ihre Berechtigung haben“.

Die SPD dagegen setzt wegen des Spardrucks im Haushalt und Einwohnerschwunds langfristig auf nur noch ein Amtsgericht in jedem der 14 Landkreise und vier kreisfreien Städte. Woidke sagte nun, es dürfe keine Denkverbote bei der Straffung von Strukturen geben, zumal die letzte Justizreform in Brandenburg bereits 18 Jahre zurückliege. Intern herrscht jetzt sogar Streit über die von Schöneburg und Woidke bei dem Krisentreffen verabredeten Ergebnisse. „Es gibt wohl unterschiedliche Erinnerungen“, sagte ein Ministerieller. Dabei ging es um die Kriterien, wann Amtsgerichte geschlossen werden können: Die SPD will es möglichst konkret mit einem klaren Mechanismus etwa bei den Fallzahlen, Schöneburg dagegen sieht kaum Sparpotenzial bei Richtern und den in Landesbesitz befindlichen Gerichtsgebäuden – er will sich mehr Spielräume offenhalten. Auch bei den Landgerichtsbezirken. Die will Schöneburg erst zum Jahr 2014 an die neuen Polizeidirektionen anpassen.

Woidke kommt der Neuzuschnitt der Gerichtsbezirke „zu spät“, die SPD pocht auf zügige Umsetzung zum Jahresbeginn 2012. Woidke sagte: „Es war abgesprochen, dass parallel dazu die Bezirke der Landgerichte und Staatsanwaltschaften synchronisiert werden.“ Ein Sprecher des Justizministeriums erklärte, es sei nicht ausgeschlossen, dass die neuen Strukturen bereits vor 2014 greifen. Dies müsse aber noch genau geprüft werden. Tatsächlich will Schöneburg mit der späten Umsetzung Konflikte mit dem Justizpersonal wegen nötiger Versetzungen minimieren – aber auch Klarheit für Neubauten und Sanierungsprojekte an den Standorten erreichen. Woidke dagegen sagte nun, derlei Probleme habe die Polizei auch. Sein Ministerium müsse „die Reform trotzdem durchsetzen, um das Land angesichts knapper Finanzen zukunftsfest zu machen“. Es wäre fatal, wenn mit den 2012 bereitstehenden 65 Millionen Euro Gerichte ausgebaut würden, später aber wegen zurückgehender Verfahren geschlossen werden müssten. Aus der SPD-Landtagsfraktion wird Schöneburg inzwischen vorgeworfen, er blockiere eine Lösung und lasse sich für seine Position hochleben. Tatsächlich ist der frühere Strafverteidiger und Landesverfassungsrichter dafür im Justizapparat anerkannt. Rückdeckung kommt von oberster Stelle, vom Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg und dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes (OLG), Wolf Kahl. Aus der SPD heißt es, Schöneburg müsse sich für eine Rolle entscheiden – Jurist oder Minister

Märkische Oderzeitung – 22.03.2011

SPD und Linke streiten über Amtsgerichte

Potsdam (moz) Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) will an allen Amtsgerichten festhalten. Auch bei der Angleichung der Gerichtsbezirke an die künftigen Polizeistrukturen hat er keine Eile – und verärgert damit den Koalitionspartner SPD.

Schöneburg hatte am Montag leichtes Spiel. Vor einer Vereinigung von Staatsanwälten und Justizangestellten erläuterte er in Potsdam, warum er keinen Handlungsbedarf für eine Amtsgerichtsreform sieht. Der Landgerichtspräsident von Neuruppin, Egbert Simons, fasste es im Anschluss folgendermaßen zusammen: „Wenn Sie der Papst wären, wären wir jetzt alle katholisch.“

Dabei wird seit Herbst innerhalb der Koalition zwischen Schöneburg und Innenminister Dietmar Woidke (SPD) heftig gerangelt, ob auch der Justizbereich strukturell dem Bevölkerungsrückgang angepasst werden muss. Das Innenressort ist zuständig für den Gesamtkomplex „Verwaltungsoptimierung“. Darunter fällt auch die Frage, ob die 25 Amtsgerichte, die schon 2005 einmal auf den Prüfstand gestellt worden waren, bis 2030 erhalten bleiben sollen.

Von der Linken wurde dies als Versuch Woidkes gewertet, in ein anderes Ressort hineinzuregieren. Entsprechend barsch wurden die Sparforderungen zurückgewiesen. Die Linke hatte sich schon vor Jahren den Erhalt aller Gerichtsstandorte auf die Fahnen geschrieben. Nun sieht die Partei die Chance, dass ihr Minister bei der Richterschaft Punkte macht, wenn er sich Gerichtsschließungen entgegenstemmt.

Im Januar hatte es schon einmal einen Klärungsversuch zwischen Woidke und Schöneburg gegeben. Dabei soll sich der Justizminister verpflichtet haben, klare Untergrenzen für Amtsgerichte zu benennen. Wenn eine gewisse Zahl von Verfahren nicht mehr erreicht werde, sollen die Standorte geschlossen werden. Das wiederholte Schöneburg auch gestern. Allerdings nannte er keine genauen Zahlen. Auch darüber streiten die beiden Minister bis heute, weil sie sich nicht über das Protokoll ihrer internen Beratung einig sind.

Schöneburg vertritt die Meinung, dass Landespolitik nicht die Aufgabe habe, demografische Prognosen, die nicht einmal sicher seien, zur Wahrheit zu verhelfen, indem man über Gerichtsschließungen redet, die eventuell 2030 notwendig sind. Die Idee aus der SPD, Gericht in Zweigstellen anderer Gerichte umzuwandeln, erteilte er eine Abfuhr. Das wäre ein Sterben auf Raten und würde die Richterschaft demotivieren. Außerdem spare man nichts mit der Schließung eines Standortes, da die Verfahren so oder so bearbeitet werden müssen. Ein Richter urteile aber besser, wenn er die soziokulturellen Gegebenheiten der jeweiligen Stadt kenne.

Das Innenministerium verweist darauf, dass ab 2012 65 Millionen Euro in Gerichte investiert werden sollen, da müsse man jetzt schon wissen, dass sich dies langfristig lohne. Laut Schöneburg sind die kleinen Amtsgerichte ohnehin alle in einem guten Zustand. Investiert werde in die großen Einrichtungen in Königs Wusterhausen oder Eberswalde.

Strittig ist auch die Angleichung von Justiz- und Polizeistrukturen. Das Amtsgericht Königs Wusterhausen soll deshalb vom Landgericht Potsdam nach Cottbus wechseln und die Uckermark von Frankfurt nach Neuruppin. Vor allem Potsdamer Staatsanwälte laufen dagegen Sturm. Während die Polizeireform Anfang 2012 in Kraft tritt, sollen die Angleichungen in der Justiz erst 2013 oder 2014 erfolgen. Daran werde die Polizeireform nicht scheitern, findet Schöneburg und verweist darauf, dass er sozialverträgliche Lösungen anstrebe. Für die SPD ist das inakzeptabel. „Wir stecken die Prügel für die Polizeireform ein und die Linken macht sich Liebling bei der Justiz“, heißt es.

(Ulrich Thiessen 21.03.2011 20:51 Uhr)